

aktive, warme Unterstützung Deutschlands, Englands und Frankreichs bei seinem Schritt gesichert und ist auch mit dem Kaiser von Japan ins Vernehmen getreten.

Die Auffindung schwimmender Minen.

Kapitän Blambeck vom Dampfer „Amoy“ schildert ein Abenteuer auf See in den „Tsing-ta-Nach.“ wie folgt: Es war am 6. Juni gegen 7 Uhr 30 Min. nachmittags während der Reise von Shanghai nach Nuschwang, bei gutem Wetter und ruhiger See, als wir auf 38 Gr. 4, 5 N. 121 Gr. 28 O. eine schwimmende Mine sahen, die ich ansteuern ließ, in etwa 160 Meter Abstand vorausfuhren und vom Bug aus durch Winchesterfuseln zum Sinken oder zum Auflegen zu bringen gedachte. Fahrgäste waren in Deckung und Rettungsboote fuhren zum Mandor. Nachdem ich etwa 10 Treffer auf die harmlos erscheinende rote Boje abgefeuert hatte und die Hoffnung auf ein großes Ereignis schon im Schwinden war, schlug die vernichtende Kugel durch — ein Blitzen, ein Kanonenblitz, ein schreckliches geradezu unheimliches Gedöse und Zittern durchs ganze Schiff, sowie eine Mooshohe Wasserauswüche mit allerlei dunnsten Stoffen vermischt verdeckte den Tod des gefährlichen Geschosses — besser gesagt — zeigte die Wut des so unsanft erwachten Meeresungeheuers, das sich vielleicht ein Jahr von laufenden Meereswogen hatte wiegen lassen. Durch das Auflegen der Mine fiel der Kompass ins Gehäuse, die Fenster in der Offiziersmesse wurden zertrümmt, Bilder fielen von den Wänden, alle Larven im Maschinenraum erloschen und — die meisten Beobachter hielten mit einem blässen Gesicht in Deckung. Trotz einer Wasseroberfläche von über 100 Fuß war die See vom Grunde auf wie lochend und die Oberfläche in einem Durchmesser von 200 Mtr. in Wallung. Wir ankerten für die Nacht und segneten am 7. Juni mit Tagebruch unsere Reise fort. Gegen 10 Uhr 45 Min. vormittags wurde wieder eine Mine gesichtet, die ich ansteuern ließ und wie die gefürchtete bedrohliche reichte unsere Munition nicht aus um sie zu zerstören, so daß wir unverrichteter Sache die Reise fortführten. Am 12. Juni war Nuschwang erreicht, wo wir neue Patronen zu erhalten hofften, aber nicht bekommen konnten, weil kein Vorrat mehr am Platze war.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Referat für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 23. August 1905.

— Gegen das heftige Beschlagen der Abteilungen wendet sich bekanntlich eine Amtordnung unserer Staatsbahnverwaltung. Die Anweisung scheint recht wenig genügt zu haben, denn auf unseren Bahnhöfen werden, wie man täglich beobachten kann, die Türen von dem Begleitpersonal noch immer mit ungeliebter Hestigkeit zugeschlagen. Eine Änderung wäre in dieser Beziehung recht wünschenswert.

— Für die morgen Donnerstag, nachmittags 6 Uhr stattfindende öffentliche Stadtgemeinderatssitzung ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden. 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Eingabe des Herrn Stadtratsbüros Librig in Wilsdruff, Ankauf des Mühlgraben betreffend. 3. Durchstich der Wiese am sogenannten alten Turnplatz. 4. Aufstellung eines Beschleunigungsplanes für die Stadt betreffend. 5. Ortsstatut über die Verwaltung Wasserleitung. 6. Vortrag der städtischen Rechnungen für 1904. 7. Besuch des Herrn Kohlenhändlers Seidel, Lieferung des Kohlenbedarfs fürs Werk betreffend.

— Wir wurden in jüngster Zeit wiederholt veranlaßt, eine Verlegung des Kirchweihfestes anzuregen. Bekanntlich wird dieses kirchliche Fest in Wilsdruff von jeher am Sonntag nach Kreuzerhöhung gefeiert. Diesmal sind für diesen Sonntag (17. September) sehr viele militärische Gäste angelegt. In den Aufdrucken wurde namenlich darauf hingewiesen, daß es bei dieser Sachlage oft an Platz zur Unterbringung des gewohnten Sternbesuches fehlen werde. Acht Tage später seien die militärischen Gäste wieder fort und dann könne man das Kirchweihfest in dem gewohnten Rahmen feiern. Die Aufschriften übersehen das Erste; nämlich daß eine Verschiebung des kirchlichen Festes auch eine Verlegung der Kirmesfestlichkeiten der Wilsdruffer Schwengelgilde zur Folge haben müsse. Das ist jedoch, wie jeder ohne weiteres zugeben wird, mit Rücksicht auf die Feieranten ganz unmöglich; diese haben bei ihren Reisen eine im Voraus für das ganze Jahr feststehende Plärrerroute, da die von ihnen besuchten Festlichkeiten alljährlich von jeher an bestimmte Termine gebunden sind. Es ist nicht angängig, daß ein einzelner Ort diese Dispositionen umreicht. Bei dieser Sachlage kann man die Frage der Verlegung des Kirchweihfestes von vornherein als erledigt ansehen, ohne überhaupt erst der Frage näher treten zu müssen, ob ihr nicht auch kirchliche Bedenken gegenüberstehen.

— Die ersten militärischen Gäste sind in Wilsdruff bereits eingetroffen, und zwar die Beamten des Maubver-Provinziamtes, die mit der Dekoration des Bedarfs an Stroh, Hen und Schlachtwisch beauftragt sind. In der Nähe des Bahnhofes wird während des Maubers eine Feldbäckerei und eine Feldschlächterei errichtet werden.

— Erhöhte Fleischpreise. Nunmehr hat, wie nicht anders zu erwarten war, auch die Wilsdruffer Fleischergemeinde eine Erhöhung der Fleischpreise einzutreten lassen.

— Die Dresdnerstraße, die in den letzten Tagen neues Plaster erhielt, wurde heute wieder für den Verkehr geöffnet.

— Unfall. Die leidige Gewohnheit, sich an den Transmissionslaufenden Maschinen zu schaffen zu machen, hat hier in wenigen Tagen zu einem zweiten Unglücksfall geführt. Ein bießiger Mechanikerlehrling erlitt heute Vor-mittag beim Auflegen der Transmission einen doppelten Armband. Wenn die vielen derartigen Unfälle doch endlich in allen Betrieben zur Warnung dienen wollten!

— Beim Spiel tritten sich gestern zwei Knaben einer hübschen Familie um den Besitz einer kleinen Kinder-trompete. Die letztere wurde bei dem Kampfe dem einen, 12 Jahre alten Knaben in das Auge gestoßen. Das

Auge lief aus und der Knabe mußte zur spezialärztlichen Behandlung nach Dresden gebracht werden.

— Potschappel, 23. Aug. Hier feierte am vergangenen Sonntag das hochbetagte Hermannische Ehepaar das Fest der goldenen Hochzeit. Der Ehemann ist 73 und die Ehefrau 71 Jahre alt.

Zur Landtagswahl im 6. städtischen Wahlkreis Freiberg-Tharandt-Wilsdruff.

Nun ist der Wahlkampf in aller Form eröffnet. Am Montag abend hielt das ordnungsparteiliche Komitee für die Wiederwahl des Herrn Stadtrat Braun-Freiberg im Saale des Hotels zum Löwen in Wilsdruff die erste öffentliche Wählerversammlung ab. Die letztere brachte insofern eine Überraschung, als die Sozialdemokraten ihr ferngestanden waren, während die Genossen sich sonst keine Gelegenheit zur Entwicklung ihres sogenannten Programms entgehen lassen. Der reformerische Kandidat, Herr Stadtverordneter Ahlhelm-Dresden, war, wie Herr Kaufmann Gotthardt-Freiberg bekannt gab, durch Krankheit am Scheinen gehindert; sein politischer Freund, Herr August Zimmermann, fehlte aus unbekannter Ursache. Den Vorort führte in der von etwa 160 Wählern besuchten Versammlung Herr Stadtverordnetenvorsteher Fabritius Siegel-Freiberg als Vorsitzender des ordnungsparteilichen Wahlkomitees.

Neues über die Person des Herrn Stadtrat Braun zu sagen, gibt uns sein 2½-jähriges Referat keinen Anlaß. Wir können uns auf das beschränken, was wir vor wenigen Monaten gelegentlich seines Referats im Wilsdruffer Gewerbeverein in dieser Beziehung ausführten:

Die politische Stellungnahme des Herrn Stadtrat Braun ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch seine Zugehörigkeit zur nationalliberalen Partei und Landtagsfraktion. Die Stellungnahme des Abgeordneten im Landtag und auch seine gestrigen Ansprüche lassen jedoch unschwer erkennen, daß er bei seinen Entschließungen das Gute dort vertritt, wo er es bekommt: er weiß sich frei von engherziger Parteileidenschaft. Nimmt man hierzu, daß Stadtrat Braun ein Self-made man ist, dessen Schaffensfreude und Rhetorik jedermann Achtung abringen muß, daß er selbst in praktischen Leben steht und aus der Lebenserfahrung schöpft, dann ergibt sich ohne weiteres, daß man den Freiberger Vertreter sehr gern auch in Wilsdruff akzeptieren kann, solange er die hiesigen Interessen nicht Mißachtung vertritt. Das Legitire ist bekanntlich bisher der Fall gewesen.

Herr Stadtrat Braun sprach am Montag vollkommen frei; umstaunswerter war es, wie er den gewaltigen Stoff, der eine vergangene und eine kommende Landtagsession bilden, beherrschte. Zwanglos sprang er oft, je nachdem es der Stoff erforderte, von dem einen zum andern Thema über, um im gegebenen Zeitpunkt den eigentlichen Faden wieder aufzunehmen. Das Referat war lang, jedoch nicht die Materie erschöpfend, aber nicht jeder Besucher einer öffentlichen Versammlung ist gebunden, stundenlang mit zweckdienlicher Aufmerksamkeit den Ausführungen eines Redners zu folgen — wir persönlich hätten recht gern auch die Erledigung anderer Fragen gelehnt; — drum mußte wohl mancher Besucher von der Absicht, daß Wort zu nehmen, zurücktreten. Vielleicht ist vor der Wahl noch einmal Gelegenheit geboten, in Gegenwart des bisherigen Vertreters fünfzige Wünsche anzubringen.

Mit der Berichterstattung über den Vortrag des Herrn Stadtrat Braun selbst haben wir es sehr bequem. Einmal haben wir gelegentlich des früheren Referats des Herrn Braun in Wilsdruff ausführlich über seine Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen im Landtag berichtet, und dann liegen uns die Berichte der zwei Freiberger Blätter, des konservativen „Freiberger Anzeigers“ und der liberalen „Freiberger Neuesten Nachrichten“ vor, die durch ihr tägliches Erscheinen früher berichten konnten als wir. Aus mehrfachen Gründen halten wir es für zweckmäßig, uns gerade auf den Bericht des genannten konservativen Blattes zu stützen.

Herr Stadtrat Braun führte etwa folgendes aus: Zum ersten Male nach einer Reihe von Wahlperioden sei im hiesigen Wahlkreise eine Mehrzahl von Kandidaten vorhanden. Der sozialdemokratische Bewerber sei infolge des neuen Wohlgesetzes von vornherein aufgefallen. Zwischen den Ordnungsparteien bestand das sogenannte Kartell; dieses sei jedoch aufgelöst und es besthele die gegenseitige Rücksichtnahme nicht mehr. Ob dieses gut gegeben ist, darüber seien die Meinungen sehr verschieden. Er müsse jedoch die Frage, ob das Kartell seinen Zweck erfüllt hat, mit „Nein“ beantworten. Die sozialdemokratischen Stimmen haben trotz des Kartells bedeutend zugenommen. Die Minoritäten, die keine Aussicht auf irgend einen Erfolg hatten, seien eingegangen und auch die Majoritäten lag geworden: Man habe das Kartell aufgehoben, um die freie Bedeutung der politischen Meinungen zu befördern. Unter diesen neuen Verhältnissen röhre sich auch die Sozialdemokratie. Wenn sie auch geringe Aussicht auf Erfolg habe, so liege ihr doch daran, sagen zu können: „Wir haben souverän Stimmen.“ Der Herr Redner ging darauf auf ein von den Sozialdemokraten bereits im Frühjahr verbreitetes Flugblatt näher ein, welches Stellung für die sozialdemokratische Kandidatur des Herrn Fleischer-Dresden machen sollte. Das Flugblatt, so führte Herr Braun aus, leiste in der Verhügungskunst wieder das, was man von jener Seite gewohnt sei. In längeren durch rechnerisches Material erklärten Ausführungen wies der Herr Vortragende nach, daß die Behauptung der Sozialdemokraten, die niederen Klassen des Volkes besonders müßten die hohen Steuern tragen, falsch sei. Nach der in Sachsen herrschenden Proportion in der Einkommenssteuer betrage diese bis 5 Proz. während in Preußen nur 4 Prozent erreicht würden. Es seien in Sachsen die Steuerlasten gerade auf die starken Schultern gelegt. Im übrigen haben sich auch die sämtlichen Finanzen bedeutend gebessert. Wenn Sachsen nur für sich allein zu sorgen hätte, so würde es immer noch

geben, aber es kommen noch die Rechnungen aus Berlin für das Reich, die auch honoriert werden müssen. In Bezug auf die Schule verlangt der Herr Redner, daß diese nicht verstaatlicht werden solle; er sei Gegner der Normalschule, durch welche jede freie Konkurrenz ausgeschaltet werden würde. Wenn der Staat alle Mittel zur Unterhaltung der Schule aufzubringen hätte, so würde er auch bald die Selbstverwaltung der Gemeinden beschließen. Er (Redner) sei der Meinung, daß wer selbstständig beschließen will, auch dafür die Kosten aufzubringen müsse.

Sobald wandte sich der Herr Kandidat der anderen Kandidatur zu, welche von der Mittelstandspartei aufgestellt worden ist. Es trete in dieser ein alter Bekannter nur unter einer anderen Firma entgegen. Zuerst nannten sich die Anhänger dieser Richtung „Antisemiten“, dann „Reformer“, jetzt „Mittelstandspartei“. Der Herr Redner ging im folgenden auf die einzelnen Punkte des im vorigen Herbst aufgestellten Programms der Mittelstandspartei näher ein. Besonders schwer wande er sich gegen die Behauptung, daß die jetzt bestehenden Parteien nichts für den Mittelstand getan hätten. Er und seine Partei seien stets bestrebt gewesen, soviel als möglich für berechtigte Forderungen des Mittelstandes einzutreten. Die Frage, ob es noch nötig ist, eine besondere Partei zu gründen, müsse entschieden beantwortet werden. Niemals werde es gelingen, Beamte, Handwerker, Landwirte usw. unter einen Hut zu bringen, da die Interessen doch zuweilen sehr weit auseinandergehen. Durch die neue Parteigründung würde man nur die nationalen Parteien zerstreuen. Wenn er (Redner) sich das ganze Mittelstandsprogramm ansieht, so müsse er fragen, welche andere Partei würde die darin aufgestellten Forderungen nicht vertreten? Die Wege seien allerdings verschieden, durch welche man die Forderungen zu erreichen glaubt. Man wünsche in Mittelstandskreisen billigen Staatsfrieden. Hierbei haben nur die Landwirte es verstanden, die dargebotenen Hilfsmittel auszunutzen. Bei den Handwerkern scheitele gewöhnlich die Gründung von Genossenschaften unter Inanspruchnahme der von der Regierung ausgesetzten Mittel an der Konkurrenz. Solange die Handwerker die gewünschten Wege nicht von selbst beschreiten, habe der Staat seine Ursache eingreifen.

Des weiteren wandte sich Herr Braun der Besoldungsfrage der Beamten zu und erklärte, daß er stets für eine Erhöhung der Beamtengehalte eingetreten sei, und dieser Standpunkt besonders auch bei der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse vertreten habe. Allerdings könnte er in diesem Sinne noch keine bestimmten Zusicherungen geben. Die Vorwürfe, die ihm in letzter Zeit von gewisser Seite darüber gemacht worden sind, weiß er entschieden zurück. Redner sagt etwa: Es ist mir aufgegangen worden, ich bewillige für die Erhöhung der Beamtengehalte keinen Groschen. Ich erfuhr den Herrn, der dies aufgebracht hat, sich zum Vorste zu melden und klar und offen zu sagen, wer seine Gewährsmänner sind, damit ich zu Rechenschaft ziehen kann. Ich soll ferner erklärt haben, es sei besser, einen Sozialdemokraten als einen Konservativen zu wählen; die Herren, die dies verbreitet haben, mögen sich ebenfalls hier melden. Die Objektivität des Wahlkampfes kann dadurch nur gewinnen. Man möge mir offen, Auge in Auge, gegenüberstehen, damit wir dann das Recht zur Bedeutung vertragen. (Unteres Wissens sind die Behauptungen in Wilsdruff nur von einem [in der Versammlung nicht anwesenden] Herrn verbreitet worden, andere Angehörige der Ordnungsparteien liehen sich durch die Ausschreitungen nur bestätigen.) Nach diesen kleinen Abschweifungen wendet sich der Herr Vortragende der Forderung der Mittelstandspartei in bezug auf die Ausschaltung des Großkapitals zu, eine Forderung, die ihm nicht recht klar sei. Es dürfte doch nicht leicht möglich sein demjenigen, der 100 000 Pf. sein eigen nennt, zu unterlegen, irgend einen gewerblichen Betrieb zu eröffnen. Der Forderung des Mittelstandes um Bekämpfung der Ringe und Syndikate könnte er nur zustimmen.

Sobald wandte sich Redner den von dem reformerischen Kandidaten Herrn Ahlhelm-Dresden in einer Versammlung in Tharandt aufgestellten Programmpunkten zu. In Bezug auf die Elbschiffahrt sagten müsse er (Redner) einen vorsichtigen Standpunkt eintreten, er könne darüber vorläufig nichts bestimmtes sagen, er neige aber vorläufig der Ablehnung zu, da ja auch auf den anderen Straßen keine Abgaben mehr erhoben würden. Für die Eisenbahnbetriebsgemeinschaft wäre er zu haben, wenn dadurch Sachsen mit guten Einnahmen abschneide. Das deutsche Reich ist auch nicht ohne große Opfer entstanden, er zweifele nicht, daß auch hier, wenn es das Wohl des Landes gilt, die Krone nicht abgrenzen werde, einige weitere Hoheitsrechte aufzugeben. Er müsse dabei darauf hinweisen, daß Sachsen ohne das Reich wohl in wirtschaftlicher Hinsicht nicht so dastehen würde. In Bezug auf die von der Mittelstandspartei aufgestellten Forderungen des Besitzungsnahezuels siehe er auf dem Standpunkt, den der legte Handwerks- und Gewerbeamtssitz eingenommen hat. Er sei also nicht für den obligatorischen Besitzungsnahezu zu haben, trete aber für bestimmte Rechte aus dem Meistertitel ein.

Bei Besprechung des Ahlhelm'schen Programms berührte Redner ausschließlich u. a. auch die bekannte Petition um Einführung einer Mühlenfasselfsteuer, mit der sich der legte Landtag zu befassen hatte, und aus welcher ihm (Redner) seine politischen Gegner einen Strick drehten wollten. Die Petition richtete sich gegen die großen Hasenmühlen, die aber Sachsen garnicht bestreite. Die Angelegenheit wäre nur auf rechtsgerichtigem Wege zu regeln. Dabei sei aber immer noch fraglich, ob Preußen und die freien Reichsstädte, die in Frage kommen, darauf eingehen würden. Außerdem herrsche auch in den einzelnen Staaten ein zu verschiedener Steuermodus. In Bayern, wo diese Steuer